

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Has,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 Mk. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den Dien-
u. Zien Monat und auf den
Zien Monat besonders an-
genommen; im Reg. Sachsen
u. Preuss. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreizehnbaltige Zeile berechnet.

Nr. 63.

Sonntag, 6. Juni.

1875.

Bericht

über die am 28. und 29. Mai in Gotha stattgehabte
Gewerkschafts-Conferenz.

Durch die Vereinigung der Arbeiter auf politischem Gebiete war auch die Einigung auf gewerkschaftlichem Boden nur noch mehr zu einer Frage der Zeit geworden, und wurde denn auch der Vorschlag einiger Hamburger Gewerkschaften, eine allgemeine Gewerkschafts-Conferenz einzuberufen, um auf derselben über die Grundlagen der Einigung und Neuorganisation einzelner Gewerkschafts-Gruppen zu beraten, allgemein freudig aufgenommen. Die Conferenz hat nun stattgefunden, und zwar unter sehr starker Theilnahme.

Von den organisierten Gewerkschaften hatten die Goldarbeiter, Schuhmacher, Schneider, Cigarrenarbeiter, Bergarbeiter, Buchbinder, Steinbauer, Metallarbeiter, Maurer, Zimmerer, Holzarbeiter, Tischler und Manufakturarbeiter Vertreter gesandt; dann waren außerdem noch für Berlin und Hamburg die Bau- und Erdarbeiter, sowie die Kupfer vertretet; der Fachverein der Tischler in Köln hatte ebenfalls einen Delegierten gesandt. Im Ganzen mögen wohl an die 40 Delegirte anwesend gewesen sein.

Nachdem die Conferenz durch Herrn Otto Kapell eröffnet worden war, wurde das Bureau, bestehend aus Frigische und O. Kapell als Vorsitzende und A. Hurlmann und Auer als Schriftführer gewählt, und in die Verhandlungen eingetreten.

Als erster Punkt der Tagesordnung war „die Vereinigung der verschiedenen Gewerkschaften“ aufgestellt. Es nahmen zu diesem Punkte eine ganze Reihe von Delegirten das Wort, welche sich alle dahin aussprachen, daß die Vereinigung der gleichartigen Gewerkschaften, innerhalb deren verschiedene Organisationen bestehen, nothwendig sei.

Die bei dieser Debatte hervortretende Frage, ob es besser sei, bloße Streik-Organisationen zu schaffen und die Organisation von Arbeiter-Hilfsklassen ganz außer Acht zu lassen, gab zu lebhaftem Meinungsaustrausch Anlaß.

Nach längerer Debatte, bei welcher besonders darauf hingewiesen wurde, daß, so lange über das Hilfsklassenwesen keine einheitlichen gesetzlichen Regeln gelten, von einer entscheidenden Organisation auf diesem Gebiete nicht die Rede sein könne, einigte man sich dahin, es den einzelnen Gewerkschaften zu überlassen, ob sie centralisirte Hilfsklassen gründen wollen oder nicht; ein Zwang für Eintritt in die Hilfsklassen bei Aufnahme in die Gewerkschafts-Verbindung soll nirgends angewendet werden.

Eine von Frigische und Tölke eingebrachte Resolution, welche sich für die Nothwendigkeit der Verschmelzung der Gewerkschaftsgruppen desselben Geschäftszweigs aussprach und welche lautet:

„Sofern in einem Geschäftszweige mehrere gewerkschaftliche Organisationen, lokale Fachvereine u. dergl. bestehen, ist es die Pflicht derselben, sich zu einigen, resp. der etwa bestehenden centralisirten Organisation ihres Gewerkschafts sich anzuschließen. Zu diesem Zwecke empfiehlt die Conferenz den Gewerkschaften, bei welchen verschiedene Organisationen bestehen, baldmöglichst einen gemeinsamen Specialcongress behufs der Vereinigung einzuberufen, so weit solches nicht schon geschehen ist“ wurde mit großer Majorität angenommen.

Ueber die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation selbst herrschte nur eine Stimme und schloß sich die Conferenz nachfolgender von Frigische eingebrachten Resolution einstimmig an:

„Obgleich die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nicht vermögend sind, die Lage der Arbeiter durchgreifend und auf die Dauer zu verbessern, so sind sie doch immerhin geeignet, die materielle Lage derselben zeitweise zu heben, die Bildung zu fördern und sie zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen.“

Die Conferenz erklärt es deshalb für die Pflicht aller Arbeiter, sich der Arbeiter-Gewerkschaft ihres Geschäftszweigs anzuschließen, oder, falls in einem Gewerke keine derartige Verbindung besteht, eine solche zu begründen.“

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde der Antrag gestellt, einen allgemeinen Gewerkschaftscongress zu berufen, um dann auf demselben über ein Normalstatut, gemeinschaftliche Presse u. dergl. zu beraten und zu beschließen.

Diesem Antrag gegenüber wurde indes mit Erfolg geltend gemacht, daß ein solches Vorgehen für jetzt noch verfrüht sei, erst müßten sich die Gewerkschafts-Gruppen unter sich einigen. Gegen ein Normalstatut sprach man sich ebenfalls aus, die einzelnen Gewerkschaften hätten zu verschiedene Interessen und ein zu verschiedenes Kampffeld, als daß sie nach einer Schablone behandelt werden dürften. Indes war man dafür, daß allgemein gültige Normativ-Bestimmungen vereinbart werden sollten, welche für die einzelnen Gewerkschaften verbindend seien, sowie auch, daß die Gewerkschaften Cartellverträge unter sich abschließen, nach welchen sie einander bei Streiks, Wanderunterstützung u. dergl. unterstützen haben.

Um indes eine Verständigung zwischen den einzelnen Gewerkschafts-Vorständen herbeizuführen und ein Organ für die Vorarbeiten zu dem nächsten allgemeinen Gewerkschafts-Congress zu haben, wurde ein Antrag von Finn angenommen, welcher wie folgt lautet:

„Die Conferenz beschließt, eine Commission zu wählen, bestehend aus fünf Personen, die ihren Sitz in Berlin hat, wozu die Vorsitzenden oder Präsidenten der verschiedenen Gewerkschaften zu berichten haben, wann sie mit ihren General-

versammlungen, resp. Congressen fertig sind, und zu gleicher Zeit angeben sollen, ob sie mit einem allgemeinen Gewerkschafts-Congress einverstanden sind, und im Falle der Zustimmung, wann und wo derselbe stattfinden soll. Spricht sich die Mehrzahl der Vorstände für den Congress aus, so hat die Commission die Congressvorlage auszuarbeiten und den Congress einzuberufen.“

In die Commission wurden gewählt: O. Kapell, Zimmerer; Frigische, Cigarrenarbeiter; Hurlmann, Maurer; Schwedenbied, Tischler; Baumann, Buchdrucker, sämmtlich in Berlin wohnhaft. Der Commission wurde das Recht der Cooptation gegeben.

Eine längere Diskussion entspann sich auch über die Frage, ob es besser sei, in der Presse ein Centralorgan für sämmtliche Gewerkschaften zu gründen oder kleinere Fachblätter für jedes Gewerke einzuführen. Nachdem mehrere Redner für und wider ein Centralorgan gesprochen, und von den Gegnern besonders hervorgehoben worden, daß die einzelnen bereits seit Jahren mit sehr gutem Erfolg bestehenden Fachblätter unmöglich zu beseitigen seien, wolle man nicht die Mitglieder der betr. Gewerkschaften vor den Kopf stoßen und eine gefährliche Opposition im eigenen Lager schaffen, einigte man sich dahin, diese Frage vorläufig als eine offene zu betrachten und sie auf dem allgemeinen Congress zur Entscheidung zu bringen.

In Bezug auf die Agitation beschloß man, sich gegenseitig möglichst zu unterstützen.

Besonders lebhaft wurde von einzelnen Delegirten die Nothwendigkeit hervorgehoben, daß in den Gewerkschafts-Versammlungen die Politik ferne zu halten, und überhaupt von den Gewerkschaften als Gewerkschaften keine Politik zu treiben sei. Abgesehen davon, daß die Vereinsgesetze der meisten deutschen Staaten dies verbieten, sei es auch nicht Sache der Gewerkschafts-Verbindungen sich mit Politik zu befassen.

Die Gewerkschaft, so wurde angeführt, soll dem Arbeiter Schutz und Hilfsmittel innerhalb der heutigen Gesellschafts-Organisation sein und zugleich die Keime für die sozialistische Zukunfts-Production legen, indem durch dieselbe der gemeinschaftliche Geist gehegt und der Arbeiter zum Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen herangezogen werde. Wolle der Arbeiter Politik treiben — und er muß sich auch dieses Gebietes bemächtigen, will er seine Klassen-Interessen fördern und vertreten sehen — so möge er sich der sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands anschließen, deren Programm und Organisation genügende Garantien dafür bieten, daß ihre Angehörigen nur für und im Interesse der Arbeiter wirken werden.

Diese Ausführungen fanden von keiner Seite Widerspruch und einigte man sich schließlich über folgende von Frigische eingebrachte Resolution, welche einstimmig angenommen wurde.

„Die Conferenz erklärt: Es ist Pflicht der Gewerkschafts-Genossen, aus den Gewerkschafts-Organisation die Politik ferne zu halten, dagegen sich der „Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands“ anzuschließen, weil nur diese die politische und wirtschaftliche Stellung der Arbeiter in vollem Maße zu einer menschenwürdigen zu machen vermag.“

Nachdem noch beschlossen wurde, daß ein Protokoll über die Conferenz nicht veröffentlicht werden sollte, sondern nur die wesentlichsten Beschlüsse in den Gewerkschafts-Organen und dann in den beiden Hauptblättern der politischen Partei zu veröffentlichen seien, wurde die Conferenz von dem Vorsitzenden mit dem Wunsche, daß die Beschlüsse in Bezug auf die Vereinigung der einzelnen Gruppen recht bald gute Früchte tragen mögen, geschlossen.

Politische Uebersicht.

— Die „Europäische Lügenbande“, welche den Bismarck'schen Preßrepressalien zufolge den jüngsten Kriegslärm verursacht haben soll, ist in London entlarvt worden. Der englische Minister, Lord Derby, hat im Parlament Erklärungen abgegeben, aus denen erhellt, daß diese „Lügenbande“ in Berlin ihren Sitz hat, und daß Personen vom höchsten Ansehen in Berlin nur durch die energische Intervention des Auslandes daran verhindert worden sind, uns abermals mit einem frischen frühlichen Krieg zu beglücken. In nächster Nummer mehr. Nun noch ein Wörtchen mit der Dunder'schen „Volkszeitung“. Dieses „Organ für Jedermann aus dem Volk“, der noch an die fortschrittlichen Taktik glaubt, hat die Stirn, unsere neue Mittheilung, daß der berüchtigte Alarmanartikel der „Post“ direkt aus dem preussischen Kriegsministerium stamme, in Zweifel zu ziehen, mit dem Bemerkten, der „Volksstaat“ nehme es, wo die Tendenz ins Spiel komme, mit der Wahrheit nicht genau. Das ist eine schamlose Frechheit. Unsere „Tendenz“ ist, es mit der Wahrheit genau zu nehmen, über Jeden und Jedes, gegen Jeden und Jedes die Wahrheit zu sagen, und auch dann, wenn es gefährlich ist, sie zu sagen; die „Tendenz“ der „Volkszeitung“ aber ist, durch demokratische Phrasen in den Leitartikeln den repräsentativen Charakter ihres politischen Departements zu verdecken, das heißt eine systematische Unwahrheit, methodische Unehrlichkeit! Der „Volksstaat“ hat eine Farbe, die „Volkszeitung“ dagegen ist vorn schwarzrothgoldene und hinten trägt sie die Couleur des bismarck'schen Preßbüreaus. Unsere Mittheilung betreffs des „Postartikels“, die beiläufig durch die Darlegungen des englischen Ministeriums bestätigt worden ist, haben wir aus einer absolut sicheren Quelle. Und damit Basta.

*) Taktik, die unsterbliche Schöpfung des französischen Lustspiel-dichters Moliere — der Typus eines Heuchlers.

— Ein juristisches Unicum können wir wohl in dieser Zeit der Krisen, Lohnreduktionen und Arbeitszeitverlängerungen ein Urtheil des obersten Gerichtshofes in München nennen, nach welchem der sog. „Blauer Montag“ strafbar ist. Wir lesen hierüber in verschiedenen Zeitungen:

„Das Bezirksgericht in Traunstein hatte drei Handwerksgehilfen, welche von ihrem Meister wegen Blaumontagmachen verklagt worden waren, freigesprochen unter der Motivirung, daß die Reichsgewerbeordnung, den Contract lediglich von civilrechtlicher Seite betrachtend, Strafbestimmungen für den Contractbruch nicht kenne und daß die einschlägigen Bestimmungen der Landesgesetze nicht in Anwendung zu kommen haben, weil jene diese vorangehen. Der oberste Gerichtshof hat nun diese Auffassung für irrig erklärt und die Sache zu abermaliger Verhandlung an einen anderen Senat desselben Gerichts verwiesen. In den Entscheidungsgründen heißt es: Der Contractbruch der Handwerksgehilfen, d. i. der eigenmächtigen Arbeitsaustritt derselben, wurde schon in den ältesten Zeiten im Deutschen Reiche und insbesondere in Bayern nicht als eine civilrechtliche Differenz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer behandelt, sondern mit öffentlicher Strafe belegt. Dabei wurde namentlich das sog. Blaumontagmachen, ein unter dem alten Juristwesen und den Gesellenverbindungen entstandener, bis in die Gegenwart noch nicht ausgerotteter Handwerksmißbrauch, überall einer strengen Ahndung unterworfen. Aus der Belegung des ungerechtfertigten Arbeitsbruchs, des hässlichen Ungehorsams und des Blaumontagmachens mit öffentlichen Strafen geht unzweifelhaft hervor, daß in Bayern diese Dienstpflichtverletzung als eine Gefährdung des öffentlichen Interesses angesehen wurde. Wenn durch die ausübende Wirkung der Reichsgewerbeordnung auch die auf den Contractbruch bezüglichen Bestimmungen des bayerischen Pol.-Str.-Ges.-Buchs, soweit sie dessen civilrechtliche Seite behandeln, aufgehoben sind, so ist dies keineswegs mit jener der Fall, durch welche Handwerksgehilfen, Fabrikarbeiter u. s. w. mit Strafe bedroht sind, wenn sie den Blaumontag feiern. Allerdings schließt das Blaumontagmachen auch einen Arbeitsbruch in sich; aber nicht diese Seite zu bestrafen sah sich die bayerische Gesetzgebung veranlaßt, sondern die in dem Blaumontagmachen liegende Gefährdung der öffentlichen und den nachtheiligen moralischen Einfluß auf die soziale Ordnung. Diese spezifische Seite wurde in der Reichsgewerbeordnung nicht in Betracht gezogen. Es liegt hier ein Vergehen vor, welches von Amts wegen und nicht erst auf Antrag zu verfolgen ist.“

Gut. Das „Blaumontagmachen“ läßt einen „nachtheiligen moralischen Einfluß auf die soziale Ordnung aus.“ Aber giebt es denn — so fragen wir — neben den blaumontagmachenden Arbeitern, die, das sei nebenbei gesagt, wenigstens doch 5 Tage in der Woche arbeiten, nicht Leute in Hülle und Fülle, die im Jahre 365 Tage „blauer Montag“ machen, ja deren ganzes Leben ein „blauer Montag“ ist? Sind die Stroußberge, Putzaffe, Ofenheime, großen und kleinen Kalibers nicht etwa auch „Blaumontagmacher“? Und wohlgemerkt: der Arbeiter schädigt durch seinen „blauen Montag“ nur sich und höchstens in gewissem Maße noch seinen Arbeitgeber, aber jene Sorte von „Blaumontagmachern“ hat erwiesenermaßen über Tausende schon unsägliches Elend gebracht.

Also nur frisch zugegriffen, Göttin Justitia! Es gilt, auch die permanenten „Blaumontagmacher“ zu strafen. Dein Name ist ja auf deutsch: Gerechtigkeit, d. h. gleiches Recht für Alle! —

— „Eigenthum ist Diebstahl“ ist der beliebte Satz, mit welchem unsre Gegner ihre Unwissenheit zu verdecken suchen, wenn es gilt der Sozialdemokratie „etwas anzuhängen“, und den Philistern „gruselig“ zu machen. Nun, wir wollen den Satz nicht verleugnen, bloß möchten wir die Herren Bourgeois ersuchen, ihn auch ihrerseits anzuerkennen und an ihre Geschäftslokale zu schreiben. Namentlich an die Börsen. Doch nein: „Eigenthum ist Diebstahl“ — das genügt da nicht. „Eigenthum ist Raub, Eigenthum ist Mord und Todtschlag“ — das würde besser passen. Man lese nur folgende Correspondenz im „Leipziger Tageblatt“ d. d. Berlin, den 1. Juni:

„Selbstmord im Börsensaal. Die Productenbörse war gestern der Schauplatz sehr aufregender Scenen. Eine Reihe von Firmen hatte eine sogenannte „Schwänze“ in Hafer in Scene gesetzt, welche gestern den Preis von 194 auf 210 hinaufschickte, während Hafer per Mai-Juni mit 160 zu haben, so daß ein Depot (Preissteigerung) von ca. 50 Mark pr. Wispel existirt. Ein Getreidehändler, seit Jahrzehnten Mitglied der hiesigen Börse und als solcher ziemlich angesehen, sah sich durch diese plötzlichen Preisschwankungen vollständig ruiniert und außer Stande, seinen Verpflichtungen betreffs der Differenz-Zahlung nachzukommen, da er, wie man wissen will, ziemlich bedeutende Baiffe-Engagements in Hafer eingezogen ist. In Folge hiervon nahm der Betreffende, Namens Münsterberg, in der Börse eine Dosis Cyanalkali, um seinem Leben ein Ende zu machen. Der Vorgang wurde sofort bemerkt, da Herr M. in conuulsivische Zustände versiel, und bald war ein Arzt zur Stelle geschafft. Herr M. wurde aus dem Börsensaal hinausgetragen, und außerhalb desselben waren der Arzt und helfende Hände um ihn beschäftigt. Allein gegen 2 Uhr, etwa eine halbe Stunde, nachdem er das Gift genommen, war Herr M. eine Leiche. Die Aufregung, welche diese Katastrophe hervorrief, war erklärlicherweise eine ungeheure und hemmte zeitweise nicht nur an der Producten-, sondern auch an der Fonds-börse das Geschäft gänzlich. Das Börsen-Commissariat sah sich sogar genöthigt, die Productenbörse kurz nach 2 Uhr räumen zu

lassen, da man an den Vertretern jener Firmen, welche die „Schwänze“ inszeniert hatten, Tyrannei üben wollte und sie dadurch zwang, die Börse zu verlassen. Namentlich geschürt war die Aufregung durch die Nachricht, daß der Verstorbenen noch gestern Vormittag die Arrangure der Bewegung flehentlich gebeten hatte, ihn bei einem schon ziemlich hoch normierten Course aus seinem Engagement zu entlassen, was diese indes abgelehnt haben. — Hr. M., der, wie der „S. Börsen-Courier“ hört, keine Familie hinterläßt, ist das beklagenswerthe Opfer einer jener gewaltigen speculativen Bewegungen geworden, welche von Zeit zu Zeit die Getreidebörse in Schreden versetzen und fast niemals ohne bedauerliche Opfer zu fordern inszeniert werden.“

Kurz die reinste Räuberei! Und zwar geschäftsmäßige, systematische, durch Gesetz und Gebrauch anerkannte Räuberei. Und das nennt sich „Ordnung“! Und das hat die Stier, der Sozialdemokratie, die diesem Brigantaggio“ der Bourgeoisie ein Ziel setzen will, „anarchischer“, „kulturfeindlicher“ Bestrebungen anzuliegen!

Am 10. Juni, Mittags 12 Uhr, findet beim Berliner Kammergericht die Verhandlung gegen Schriftsetzer Heinsch, den Vertrauensmann der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, statt. Bekanntlich wurde derselbe in erster Instanz zu 150 Mark event. 25 Tage Gefängnis verurteilt und auf Schließung erkannt. — Am 3. Juni hatte derselbe auf neue Vernehmung bei dem durch den Animm-Prozess bekannten Untersuchungsrichter Pescatore. Die vorbereitete Anklage erblickt in der Wahl von Delegierten zum Congreß in Gotha eine Fortsetzung der Thätigkeit der aufgelösten Parteimitgliedschaft. Die Vereinigung der deutschen Sozialdemokratie paßt Herrn Lessendorf offenbar nicht in den Kram, obgleich er so eifrig für sie gearbeitet hat.

Dienstag, den 1. April trat der Redakteur dieses Blattes, R. Seiffert eine zweimonatliche Gefängnisstrafe an, die ihm wegen „Beleidigung der Leipziger Amtshauptmannschaft“ zuerkannt worden.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Leipzig. Das Mitglied Wilhelm Karla aus Reidenburg bei Königsberg, ist wegen Verletzung des Krankenversicherungs-Gesetzes (Seite 2) aus der Gewerkschaft durch Beschluß der hiesigen Mitgliedschaft ausgeschlossen worden. Wir bitten, dieses genau zu beachten.

Im Auftrage: Herm. Kreibitz, Bevollm.

Frankfurt a. M. Am 27. Mai hielten wir eine allgemeine Schuhmacherverammlung ab, in welcher der von beiden Fraktionen gewählte Delegierte, Herr Hahn, über den zu Coburg stattgefundenen deutschen Schuhmacher-Congreß Bericht erstattete. Wohl wußte man es schon, daß das langersehnte Werk, welches aufzubauen der Congreß die Pflicht und die Aufgabe hatte, auf demselben zu Stande gekommen war; allein nichts desto weniger war jeder der Anwesenden gespannt auf den Bericht des Delegierten, welcher sich seiner Aufgabe in verständlicher und sachgemäßer Weise zur großen Zufriedenheit der Versammlung zu entledigen wußte. Mehrere Redner betonten nach dem ungestörten Berichte, von welchem großem Nutzen es sei, daß das Einigungswort gelungen, und wie sehr es zu unserer Kräftigung beitragen müsse. Die Beschlüsse des Congresses wurden von der Versammlung allgemein gebilligt und gut geheißt; auch fehlte es nicht an Aufmunterungen, von nun an unablässig thätig zu sein. Die Vereinigung ist vollzogen, daß können wir uns freuen. Und dank unsern Delegierten, die trotz allen Meinungsverschiedenheiten, welche sich bei diesem oder jenem Punkte geltend machten, doch das richtige Verständnis hatten, um so den rechten Weg zu finden, der uns dem Ziele unserer erhabenen und gemeinsamen Sache näher führen soll! Also Glückauf zu neuer Arbeit!

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Stuttgart, 1. Juni. Montag, den 24. Mai hielten wir in der Wirtschaft zur „Stadt Straßburg“ (Karlstraße) eine öffentliche Schneiderversammlung ab, mit der Tagesordnung: „Die Lage unserer Branche und die Vereinigung.“ Als erster Vortragsredner fungierte Hr. Wunderlich, als zweiter Koch und als Schriftführer Hr. Münzmeier. Der unterzeichnete Höcht referierte; er kennzeichnete und begründete in gedrängter Weise die Verhältnisse in unserer Branche und führte an, daß im vergangenen Winter ebenso die andern Geschäfte, als besonders das unfrige, furchbar bedrängt waren. Er bewies, daß die fortwährende Ueberproduktion die meisten Geschäftskreise veranlaßt habe und ermahnte die Anwesenden, sie möchten die Prinzipien der Gewerkschaftsbewegung weiter verbreiten und besonders dem Arbeitgebend durch Vereinigung aller Kollegen in Gewerkschaften einen Damm entgegenzusetzen. Der Arbeitgebend wolle durch sein Vermittlungs-Bureau die gewerkschaftliche Bewegung in seine Hände bringen, ein Grund für die Arbeiter, fortan mit Energie dagegen zu agitieren und durch zahlreichen Beitritt zur Gewerkschaft einen selbstständigen Arbeitsnachweis der Gesellen möglich zu machen. Aufgabe aller Kollegen ist, Mann an Mann in den Allgemeinen deutschen Schneiderverein einzutreten. Nach einiger Diskussion wurde der Beitritt als dringende Nothwendigkeit ausgesprochen. Es zeichneten sich 28 Kollegen ein und wurden bei der Wahl Max Höcht als Bevollmächtigter W. Hefele als Kassirer und Hr. Münzmeier als Schriftführer, gewählt.

Mit Brudergruß und Handschlag Max Höcht.

Correspondenzen.

Fürth, 31. Mai. Das gestern in den Gartenräumen des Praters zur Feier der Vereinigung beider Richtungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei stattgefundene „Arbeiterfest“ gestaltete sich durch den massenhaften Besuch und die zu Tage getretene gehobene Stimmung zu einem wahren Volksfeste. Dieser Stimmung verlieh insbesondere der Festredner, Herr Tauscher von Augsburg, den richtigen Ausdruck.

Der Redner warf zunächst einen historischen Rückblick auf die Arbeiterbewegung, namentlich von der Zeit Lassalle's an; legte dar, wie sehr auch von dieser Zeit an die Ideen der Sozialdemokratie bei vielen Arbeitern Wurzel gefaßt, so habe doch die Gestaltung von zwei Richtungen hemmend auf die Arbeiterbewegung gewirkt, und habe sich immer mehr der Gebante Bahn gebrochen, daß eine Vereinigung der beiden Richtungen zu unumgänglicher Nothwendigkeit werde.

Beschleunigt sei die Vereinigung jedenfalls durch die Verfolgungen geworden, die die gesammten Anhänger der Sozialdemokratie, namentlich von Seiten diverser Polizeibehörden erlitten

*) Italienischer Namen für systematische, im Großen organisierte Räuberei.

haben. Die nun auf dem Congreß der Sozialdemokraten Deutschlands in Gotha thatsächlich vollzogene Vereinigung werde gewiß von allen Arbeitern, die es ernstlich mit der Befreiung der Arbeit von dem Druck des Capitals meinen, freudig begrüßt werden und sei jedenfalls eine That, die unserm Wahlspruch: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ erst die rechte Weihe verleibe.

Es liege nun lediglich an den Arbeitern, dieser Vereinigung auch eine fruchtbringende Wirkung zu geben, und zählen auch jetzt schon, wie die letzten Reichstagswahlen bewiesen, die Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie nach Hunderttausenden, so seien diese doch im Hinblick auf die vielen Arbeiter in Deutschland, die der sozialistischen Arbeiterbewegung noch fern stehen, nur gleichsam als der Generalstab zu betrachten, welcher erst durch den Beitritt sämtlicher Arbeiter in die Reihen der Sozialdemokratie auch die entsprechende Armee bildet, um die Ideen der Sozialdemokratie der Bewirklichung nahe zu bringen.

Den zahlreichen Theilnehmern des Festes, die auch von der Ferne, Nürnberg, Erlangen und Umgebung sich zahlreich eingefunden hatten, wird dieses Fest gewiß noch lange in angenehmer Erinnerung bleiben und bildet auch eine entsprechende Variation zu dem bekannten Ausspruch: „Von dem Rückgang der Sozialdemokratie.“

Darmstadt, 1. Juni. Am heutigen Tage trete ich meine 1 monatliche Gefängnisstrafe an. Dies den Parteigenossen, welche mit mir in Correspondenz stehen, zur Kenntniß.

E. Ulrich aus Braunschw.,

f. J. in Offenbach a./M.

Großenhain. Die unterzeichneten, in Nr. 59 des „Volkstaat“ durch Herrn Poser angegriffenen Vertrauensleute erklären hiermit, daß sie mit genanntem Herrn nur in Gewerkschaftsachen, und nicht als Privatpersonen correspondirt haben, und bitten zugleich denselben zu erklären, was er eigentlich unter Garantie mittelbarer Arbeiter versteht. Den Ausdruck „Seldsuchende“ weisen wir als persönlich und verleidend zurück, da das Geld nicht für Privatpersonen, sondern für einen Sterbefall von der auf der Generalversammlung zu Weimar von der Gewerkschaft gegründeten Section der Sterbefälle gebraucht wurde, und der Vorort der Sterbefälle, Meerane, das Geld nicht beschaffen konnte. Der Austritt bezieht sich nur auf die Amtsniederlegung der Vertrauensleute, weil dieselben nicht in der Lage waren, die geforderte Garantie zu leisten. Was den groben, beleidigenden Brief anbelangt, so haben wir uns nur stets sachlich gehalten, und uns nie solche persönlich verleedende Schreibweise, wie es Herr Poser in den Berichten in Nr. 53 und 59 des „Volkstaat“ gethan, erlaubt, dagegen nur eine sachliche Aufklärung verlangt. Daß die Verwaltung nicht nach den Statuten gehandelt, werden wir auf der Generalversammlung beweisen, und sehen wir, um die Gewerkschaftsbewegung nicht zu schädigen, von der Veröffentlichung ab. Ebenso hat die Verwaltung die vor einem Jahre von uns erhaltenen Documente in der Kirchhölischen Angelegenheit bis jetzt noch nicht an uns retournirt. Ueber die angeführte Befolgung der Verwaltung können wir nur auf § 28 a des Statuts verweisen. Was die „Unabbarkeit“ anbelangt, so möge Herr Poser bedenken, daß, wenn er sich dazu gebrauchen läßt, statutenverleedende Beschlüsse auszuführen, die wir selbstverständlich nicht mit Dank belohnen können.

Dieses unser letztes Wort auf öffentlichem Wege, das Uebrige auf der Generalversammlung.

Willy Günther, Vertrauensmann.

Ernst Parsen, Kassirer der Sterbefälle.

Gregori Hesse, Beitragssammler.

Anton Kessel, Controleur.

Lambrecht, 30. Mai. Es wird vielleicht manchem Leser des „Volkstaat“ von Interesse sein, auch einmal wieder etwas von der hiesigen Arbeiterbewegung zu hören. Man wird sich vielleicht noch des mißlungenen Streikes der Tuchmachergesellen zu erinnern wissen, welcher nach seiner Beendigung die Gründung des Consum-Bereichs zur Folge hatte, welcher auch bis jetzt existirt, sogar in voller Blüthe steht. Da man aber noch kein Haar breit in materieller Beziehung weiter gekommen, ist man deshalb zu der Einsicht gelangt, daß man auf anderen Wegen vorgehen müsse, um für die Zukunft unsere keineswegs beneidenswerthe Lage etwas verbessern zu können. Zu dem Ende hatte ich am 19. Mai d. J. eine öffentliche Arbeiterversammlung einberufen, in welcher Herr Nauert aus Leipzig über Zweck und Nutzen der Gewerkschaft referierte. Die Versammlung war, trotz des ungünstigen Zeitpunktes, von ca. 400 Personen besucht. Herr Nauert erwähnte namentlich die jetzige Geschäftskrise, welche durch die heutige planlose Produktionsweise herbeigeführt worden sei, und wies darauf hin, wie hart dadurch die Arbeiter mitgenommen werden, namentlich wenn sie ein solcher Fall unorganisiert tröfe. Schließlich empfahl der Redner, einzutreten in die Gewerkschaft der „Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter“, worauf sich die darauffolgende Woche eine Anzahl in die Gewerkschaft einschreiben ließen.

Möge der ausgestreute Samen auf fruchtbaren Boden gefallen sein!

Jakob Rakel jun.

An die deutschen Zimmerleute!

Soeben ist in Marienburg ein Strike unserer dortigen Kameraden ausgebrochen, und zwar durch den Versuch der dortigen Meister, die Gesellen zu zwingen, für denselben Lohn, den sie jetzt für elfstündige Arbeitszeit bekommen, 12 Stunden zu arbeiten, also anstatt des Abends bis 7 Uhr, bis 8 Uhr; auch soll das übliche Landgeld bei Ueberlandarbeiten wegfallen. Ist in diesem Vorgehen der Marienburger Meister vielleicht die Harmonie zu erkennen, welche nach dem sozialen Quacksalber Dr. Max Hirsch nun einmal durchaus zwischen Kapital und Arbeit existiren soll; wir unsererseits müssen für solche Harmonie bestens danken; damit mögen wohl Mitglieder vom Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine zufrieden sein, unsere Kameraden in Dirschau aber nicht. Es ist somit die Arbeitseinstellung eine völlig gerechte. Auch in Wilhelmshafen, Rostock und Dirschau dauern die Arbeitseinstellungen hartnäckig fort, und bitten wir die Parteigenossen und Zimmerleute allerorts, den Zugang nach diesen Städten abzuhalten, namentlich möchten wir die Danziger Kameraden auffordern, sich durch Agenten der Meister nicht nach Dirschau oder Marienburg locken zu lassen.

Unterstützungen sende man an die Unterzeichneten.

Gebr. Kapell, Berlin, Waldemarstraße 56.

Briefkasten

der Redaktion. R. in M.: Bisher fehlte Raum. In der nächsten oder nächstfolgenden Nummer beginnt Abdruck. — der Expedition. Nöpp Hannover: Die Festsum. kosten 5 M., für sonstige Annoncen ist noch Rest 5.40 M. — H. A. Mär Fulda: Die bestellten Schriften sind an Sie am 2. ds. abgegangen.

Quittung

der Expedition. Fiedrich Dölich Ab. 0.55, Mär hier Ab. 15.00, Schr. 3.12, Prnz hier Schr. 5.70. Erin Philadelphia Ab. 79.80. Lor hier

Ab. 0.45. Schr hier Ab. 1.00. Wzpr Stabe Ann. 2.65. Nöpp Hannover Ann. 0.60. Rme hier Ab. 0.60. Mein Baden Ab. 3.68. Schr hier Ab. 0.60. Bütz hier Ab. 2.25. Orgz Berlin Ann. 0.80. Mär Fulda Schr. 0.60. A. Dcar Zwickau Schr. 30.00.

Fond für Gemahregelte.

Durch J. G. Böhmek Maaßen 4.50.

Für die Hinterbliebenen Nord's.

Durch J. G. Böhmek Maaßen 3.00.

Gesellschaftsbuchdruckerei.

Anteilscheine bei. Antheilscheinungen ertheilt weiter: In Hamburg J. M. 30.00, in Wandsbek F. M. 6.00, Fran M. 6.00.

Abtheilung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Berlin Montag, den 7. Juni, Abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

in Ruy's Salon, Nauynstraße 27.

Das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. — Vortrag des Herrn Baumann. — Um zahlreiche Beteiligung und rege Agitation bitten

Keine Placate werden ausgegeben. — Die Beiträge werden vor Beginn der Versammlung entgegengenommen. [100]

Berlin Dienstag, den 8. Juni, Abends halb 9 Uhr, Landsbergerstraße 15:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Ergänzungsbül des Vorstandes für das neue Vereinsjahr. — Die Kreisforen müssen um Controllieren pünktlich am Platz sein; die Mitglieder haben sich durch's Quittungsbuch zu legitimiren.

F. Gragerl. [80]

Berlin Verhand der Klempner und verw. Berufsgenossen.

Montag, den 7. Juni, Abends 8 Uhr, Dredenerstr. 85:

Versammlung.

T.-O: 1) Bericht über die General-Versammlung. Refr. Robert Schulz. 2) Beschlußes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Falkenhayn, Bevollm. [60]

Cöln Montag, den 7. Juni, Abends 8 Uhr, im Vereinslokale Streitzengasse 10A.

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1) Kassenabrechnung. 2) Neuwahl des Vorstandes. Alle Mitglieder werden hierdurch freundlichst ersucht, pünktlich zu erscheinen. [2b] Der Vorstand. [70]

Cöln a. R. Montag, den 7. Juni, Abends 8 Uhr

General-Versammlung

im Vereinslokal, Streitzengasse 10a. — T.-O: 1) Kassenabrechnung. — 2) Neuwahl des Vorstandes. — Alle Mitglieder werden hierdurch freundlichst ersucht, pünktlich zu erscheinen. [2b] Der Vorstand. [60]

Frankfurt a. M. Sonntag, den 6. Juni, Abends 8 Uhr

Abendunterhaltung

des Gesangs-Collegs „Lassalliana“ zu Ehren unseres am 1monatlicher Dast entlassenen Mitgliedes L. Haars.

Zu zahlreichen Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Hamburg Montag, den 7. Juni, Abends halb 9 Uhr präcis

Geschlossene Mitglieder-Versammlung

der Gewerkschaft der Schuhmacher für Hamburg, Altona und Wandsbek.

Tagesordnung: Wahl des Aufsichtsraths. A. Seidel.

Die Mitglieder odengenannter Orte müssen in dieser Versammlung am Platz sein. D. O. [70]

Hamburg Montag, den 7. Juni, Abends halb 9 Uhr in Täljes

Große öffentliche Cigarrenarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: Enquete über die Rechtsverhältnisse der gewerblichen Arbeiter und Lehrlinge. Referent Herr Meißner aus Hannover.

J. A. des Agitations-Comites: J. Betters. [60]

Leipzig Montag, 6. Juni, Abends 8 Uhr Versammlung bei

Jakob, Petersstr. 15 (goldner Arm). — Gäste stets willkommen.

Der Vorstand. [40]

Leipzig Montag, den 7. Juni, Abends 8 Uhr:

Generalversammlung bei Herrn Richter, Köpplatz 10.

Tagesordnung: Sozialer Wochenbericht. Gewerkschaftliches. Vorträge. Jeden Montag Aufnahme neuer Mitglieder. D. B. [50]

Leipzig Dienstag, den 8. Juni, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft

bei Herrn Schreiber, Münzgasse Nr. 3. L. [3]

Leipzig Mittwoch, den 9. Juni: Sitzung. — Die auswärtigen

Vertreter werden ersucht, sich zahlreich einzufinden.

Leipzig Dienstag, den 8. Juni:

Versammlung bei H. a. a. e., Mühlgasse Nr. 1.

T.-O.: Vortrag und Wochenbericht. Der Bevollmächtigte. [40]

Sonntag, den 13. Juni, früh halb 6 Uhr:

Spaziergang nach der großen Eide, Böhlig, Ehrenberg, Warden, wozu Freunde und Gesinnungsgenossen freundlichst eingeladen werden.

Der Obige. [100]

Vindenu Mittwoch, den 9. Juni, Abends halb 9 Uhr, im

Bereinslokal (Restauration „Zur guten Quelle“):

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Die politische Stellung der Sozialdemokratie. Frage-

kasten. Vereinsangelegenheiten. D. B. [60]

Meine Adresse ist:

An den Bergmann Heinrich Blauer in Dorfsied bei Dortmund.

Wohnhaft an der Hahnemannstraße No. 110 II. [2a]

Malergehilfen

fast H. Erbe, Schwalbacher Straße 22, Wiesbaden. (10c) 75

Wir empfehlen den Lesern des „Volkstaat“, sowie überhaupt eines

Publikum, daß sich für die heutigen gesellschaftlichen Zustände interessiert

das Lesen der in unserem Verlage in Berlin erscheinenden

„Social-Politischen Blätter“

Abonnement.

Der Abonnementpreis beträgt für wöchentlich einmalige Lieferung

pro Quartal 10 Sgr., pro Monat 4 Sgr. Abonnementpreis in Monats-

besten ist 4 Sgr. pro Post.

Colporteurs und Buchhändler erhalten entsprechenden Rabatt. Bestellungen nehmen alle Buchhändler und Colporteurs, sowie auf

Wochensieferungen auch alle Postanstalten entgegen. Berlin im December 1874. (m. 2 +) [400]

Redaktion und Expedition des „Neuen Social-Demokrat“.

Verantwortlicher Redakteur: G. Rindt.

Redaktion Hofstr. 4, Expedition Zeitzerstr. 44, in Leipzig.

Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.